

**Patrick Döring, MdB**  
am 29. Januar 2009  
im Deutschen Bundestag

**TOP 7: Beratung des Antrags der Fraktion der FDP **Bußgeldkatalog bei Umweltzonen ändern - Zurück zur Verhältnismäßigkeit****

> Drucksache 16/10313 <

---

**Patrick Döring (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat zur Bekämpfung des Feinstaubproblems vielerlei Maßnahmen diskutiert und auch ergriffen. Es ist dennoch heute von der EU-Kommission ermahnt worden, mehr zu tun, um Feinstaub zu bekämpfen. Das macht deutlich, dass mit der Einrichtung von Umweltzonen und dem Erlass von Fahrverboten ganz offensichtlich nicht die Ziele erreicht werden, die man sich vorgenommen hat. Die Einrichtung von Umweltzonen hat, gelinde gesagt, fast keine Wirkung auf den Feinstaubausstoß in Deutschland.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Renate Blank (CDU/CSU))

Das alles sage ich vorweg, damit hier nicht insinuiert wird, wir als FDP wollten den Feinstaub nicht bekämpfen oder wollten das Problem an die Seite schieben; ganz im Gegenteil: Wir sind dafür, den Feinstaub zu bekämpfen, aber an der Quelle, dort, wo er wirklich entsteht, und nicht pauschal über das Fahrverbot, über die Einrichtung von Umweltzonen. Das war der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch falsch, den folgenden Eindruck zu erwecken: Wer aktuell in Hannover oder Köln oder Berlin in die Umweltzone einfährt, aber keine Plakette hat oder eine rote Plakette hat, begeht genauso einen Verkehrsverstoß wie jemand, der zum Beispiel ver-

kehrt herum in eine Einbahnstraße fährt oder ein Einfahrverbot insgesamt missachtet. - Das ist nicht vergleichbar. Ersteres ist auch nicht verkehrsgefährdend.

(Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD): Aber gesundheitsgefährdend!)

Darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, geben wir Ihnen mit unserem Antrag die Gelegenheit, in der weiteren Beratung im Ausschuss sehr konstruktiv und sachlich darüber nachzudenken, ob es bei der so stark zersplitterten Landschaft von Umweltzonen in Deutschland mit unterschiedlichsten Ausnahmeregelungen - in jeder Kommune gibt es andere Regelungen, etwa dazu, ob Oldtimer ein- und ausfahren dürfen,

(Christian Carstensen (SPD): Oldtimer! Darauf haben wir gewartet!)

ob Schaustellerfahrzeuge ein- und ausfahren dürfen, ob Reisebusse ein- und ausfahren dürfen; Letzteres ist ein Sonderproblem, das wir im Ausschuss seit längerem vor uns herschieben; Sie alle kennen die Problematik - vernünftig und verhältnismäßig ist, jedem, der sich keine Plakette besorgt hat, etwa aus Unwissenheit, weil er vielleicht ganz selten in eine der Städte fährt, in denen eine Umweltzone eingerichtet worden ist, sofort nicht nur eine Ordnungswidrigkeit anzulasten, sondern ihn vor allen Dingen auch mit einem Punkt im Flensburger Zentralregister zu bestrafen. Das ist nicht verhältnismäßig.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die Zahlen für das erste Halbjahr 2008 im Antrag aufgeführt. Ich finde es übrigens bemerkenswert - ich sage das hier ausdrücklich, weil der Herr Kasparick auf der Regierungsbank sitzt -, dass nach den mir vorliegenden Informationen das Bundesverkehrsministerium dem Kraftfahrtbundesamt untersagt hat, mir die Zahlen für 2008 komplett zu geben.

(Dr. Andreas Scheuer (CDU/CSU): Skandal!)

Die Auskunft des Sachbearbeiters im Kraftfahrtbundesamt jedenfalls war, er dürfe mir die endgültigen Punktezahlen für unzulässiges Einfahren in Umweltzonen auf Weisung des Bundesverkehrsministeriums nicht geben. Das ist auch eine Aussage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich ziehe daraus die richtigen Schlüsse.

(Beifall des Abg. Horst Friedrich (Bayreuth) (FDP))

Vor diesem Hintergrund sind wir als FDP-Fraktion sehr dankbar dafür, dass parallel zum Verkehrsgerichtstag in Goslar viele Akteure in der Verkehrspolitik, etwa die Automobilclubs, gemeinsam - es ist selten genug der Fall, dass eine gemeinsame Position erarbeitet wird - eine Reform des Punktesystems und des Verkehrszentralregisters in Flensburg insgesamt gefordert haben. Vielleicht ist unser Antrag zu dieser speziellen Frage auch Anlass, im Ausschuss einmal darüber zu sprechen, ob inzwischen nicht für zu viele kaum wichtige, jedenfalls nicht verkehrsgefährdende Verstöße Punkte gegeben werden und wirklich schwere Ordnungswidrigkeiten, vielleicht auch Straftaten im Straßenverkehr zu wenig bestraft werden. Dieser Diskussion über das Bußgeld haben Sie sich in den letzten Monaten verwehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Horst Friedrich (Bayreuth) (FDP): Symbolpolitik ist viel einfacher!)

Es ist an der Zeit, gemeinsam über Folgendes nachzudenken: Was soll nach unserer Meinung, die wir uns um Verkehrssicherheit sorgen, streng verfolgt werden? Wo muss schon nach wenigen Verstößen klar sein, dass die Fahrerlaubnis in Gefahr gerät? Und wo schießt man mit Kanonen auf Spatzen, wenn man jemanden, der einmal unerlaubt in eine Umweltzone einfährt, weil er vergessen hat, die Plakette zu beantragen, oder gar nicht weiß, dass in der Stadt, in die er fährt, eine Umweltzone eingerichtet ist, mit einem Punkt in Flensburg bestraft?

(Sören Bartol (SPD): Das sind ja so viele Städte!)

- Auch Sie werden nicht alle Städte kennen, in denen eine Umweltzone eingerichtet ist. Keiner der hier anwesenden Kollegen wird all diese Städte benennen können. - Die gleiche Strafe bekommt man, wenn man verkehrsgefährdend in falscher Richtung in eine Einbahnstraße einfährt oder einen Rotlichtverstoß begeht. Das ist nicht vergleichbar; wir sollten nicht der Versuchung erliegen, das zu vergleichen. Es ist in hohem Maße verwunderlich, dass es überhaupt zu dieser Regelung gekommen ist.

Wir Parlamentarier sollten die Gelegenheit nutzen, im Ausschuss über Änderungen zu beraten. Wir machen Ihnen hierzu einen Vorschlag und hoffen auf Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Carstensen (SPD): Wenigstens hat er einmal den Oldtimer untergebracht!)